

## **Wahlprüfstein DDR-Heimkinder**

### **zu I.1.)**

Die FDP war die Partei, die die Diskussion über die DDR-Heimerziehung von Anfang an politisch begleitet hat. Aufgrund des FDP-Antrages (Drs. 5/1508) war der Thüringer Landtag der erste in der Bundesrepublik, der das erlittene Unrecht institutionell anerkannt und eine Entschädigung gefordert hat. Erst damit konnte der Fokus von der Heimerziehung-West auf eine gesamtdeutsche Diskussion verlagert und die Frage der Entschädigung auch für DDR-Opfer in Gang gebracht werden. Des Weiteren haben wir 2010 im Vorfeld der parlamentarischen Beratung eine Demonstration von Opfern des DDR-Unrechts vor dem Thüringer Landtag organisiert, um dem Thema entsprechend Nachdruck zu verleihen. Des Weiteren haben wir über die gesamte Legislatur hinweg, mit zahlreichen Anfragen, aktuellen Stunden und Diskussionen im Ausschuss die Arbeit des Ministeriums kritisch hinterfragt. Auch in der Presse haben wir versucht Fehlentwicklungen (wie bspw. die Antragsfrist) zu korrigieren. Die FDP in Land und Bund (Vorsitzende des Runden Tisches Heimerziehung war Frau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, FDP) hat mit ihrem Engagement entscheidend für die politische Präsenz des Themas sorgen können.

### **zu I.2.)**

Wir haben dazu das Wissen Betroffener (Thüringen und bundesweit), Journalisten und auch wissenschaftliche Beiträge genutzt. Gerade auch die Gespräche und Kontakte durch den damaligen Sprecher-Ost der FDP-Bundestagsfraktion Herrn Patrick Kurth, MdB waren hier besonders hilfreich.

### **zu I.3.)**

Wir haben - wie in der Antwort auf Frage I.1. beschrieben - in allen uns zur Verfügung stehenden Gremien unsere Stimme erhoben und mit zahlreichen Initiativen das Thema begleitet.

### **zu I.4.)**

Ja. Wir hatten und haben Kontakt zu Betroffenen. Unter anderem haben wir einem ehemaligen DDR-Heimkind aus Westthüringen ermöglicht, Teile seines erschütternden Berichtes via der ehemaligen Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen Hildigund Neubert veröffentlichen zu lassen.

### **zu II.1.)**

Die FDP ist der Auffassung, dass die individuelle Betroffenheit der ehemaligen DDR-Heimkinder entscheidend für die Hilfe- und Unterstützungsleistungen aus dem Hilfsfonds sein müssen. Maßnahmen die benötigt werden, müssen auch finanziert werden. Daher lehnen wir eine strukturelle Ungleichbehandlung ab.

### **zu II.2.)**

Nein. Zentral ist, welche Hilfsmaßnahme das jeweilige ehemalige DDR-Heimkind benötigt. Die individuelle Opferhilfe muss im Vordergrund stehen.

### **zu II.3. (zusammenfassend)**

Ziel muss es weiter sein, soviel Hilfe zu leisten, wie auch Hilfeleistungen benötigt werden. Die Erfahrungen der Betroffenen bleiben ein Leben lang und richten sich nicht nach Stichtagen. Daher haben wir uns auch gegen die Stichtagregelung ausgesprochen. Erlittenes Unrecht ist nicht gutzumachen - durch kein Geld der Welt. Gerade deshalb müssen die Türen offen stehen, solange Hilfe benötigt wird. Niemand kann gezwungen werden sich bis zum 30.09.2014 zu melden. Oft genug müssen sich Betroffene mit Heimbiografie überwinden. Dieser Prozess braucht Zeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir diesen Prozess durch ein unbefristetes Angebot unterstützen müssen.

### **zu III. 1.)**

Nein. Wir sind der Überzeugung, dass die Befassung mit DDR-Unrecht noch zu wenig in der Öffentlichkeit geführt wird. Schon gar nicht kann man davon sprechen, dass DDR-Unrecht umfassend und abschließend behandelt worden ist. Wie in jedem gesellschaftspolitischen Bereich, wird die Befassung mit der DDR-Geschichte - gerade durch Historiker - weiter bisher unbekannte Aspekte zu Tage fördern. Jüngstes Beispiel dafür sind die Nutzung von Zwangsarbeit durch westliche Konzerne bzw. Medikamententests der westlichen Pharmaindustrie. Daher treten wir weiterhin für eine Institutionelle Befassung mit der DDR-Geschichte ein, gerade da das Wissen und die persönlichen Erfahrungen von Zeitzeugen noch für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts genutzt werden können.

### **zu III.2. (zusammenfassend)**

Für die FDP ist wichtig, dass Politik sich zunächst mit den Forderungen der Betroffenen auseinandersetzt. Die Opfer von DDR- Unrecht bzw. Betroffene mit DDR-Heimbiografie wissen erst einmal selbst am besten was sie benötigen, um angemessen mit dem Erlebten weiterleben zu können. Wir wollen, dass Regelungen für die Betroffenen gemacht werden und nicht gegen sie. Daher werden wir nach der Landtagswahl unsere Politik des Zuhörens fortsetzen, um gemeinsam eine langfristig tragbare Regelung im Sinne der Betroffenen zu erarbeiten.

### **zu IV.)**

Wie bereits beschrieben, kann eine sinnvolle und nachhaltige Lösung nur entstehen, wenn die Betroffenen einbezogen werden. Dies trifft auch auf andere Politikfelder - wie der Familien- oder Kinderpolitik - zu. Es kann sich jeder Bürger und jede Institution in die Gestaltung liberaler Politik der FDP einbringen. Die FDP hat in der Vergangenheit - aber auch bei der Erarbeitung des aktuellen Wahlprogrammes - sehr vom kritischen Engagement auch der Nicht-Parteimitglieder profitiert. Diese Art des offenen und konstruktiven Dialoges werden wir auch in Zukunft fortsetzen.